

Perspektiven europäischer Solidarität

Aus Sicht der katholischen Sozialethik



Ingeborg Gabriel

Massenarbeitslosigkeit, steigende Staatsverschuldung, Verschlechterung der sozialen Lage in etlichen Mitgliedsländern – das ist der Hintergrund, auf dem die Europäische Union ihre politische Integration voranbringen und Strukturdefizite überwinden will. Im folgenden Beitrag werden eine Reihe von Impulsen zu der Frage benannt, wie sich dabei jene Solidarität verwirklichen lässt, die der Vertrag von Lissabon als einen zentralen Wert des europäischen Einigungsprozesses bezeichnet. Hierzu gehören u. a. die Erkenntnisse, dass das nationale Gemeinwohl von transnationalen Rahmenbedingungen abhängig ist, dass den sozialen Rechten eine gleichrangige Bedeutung zukommt gegenüber den Freiheitsrechten, etwa dem Recht auf Privateigentum, dass der Wettbewerb als Triebfeder einer modernen Wirtschaft auf starken sozialen Grundlagen beruhen muss. Entsprechende kirchliche Stellungnahmen finden bisher zu wenig Resonanz; sie sollten die Radikalität der Konflikte und sozialen Umbrüche sowie die widerstrebenden Kräfte deutlicher beim Namen nennen

Die soziale Lage in Europa ist in höchstem Maße beunruhigend. In vielen Ländern Europas stehen die Zeichen sozial auf Sturm. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und damit auch der Solidarität spielen daher gerade heute eine zentrale Rolle. Dies ist auch die Ansicht nüchterner Zeitgenossen. So sieht laut einer Umfrage des Weltwirtschaftsforums Davos vom Februar 2014 unter eintausend Meinungsführern die Mehrheit die größte Zukunftsfahr in Sozialrevolten gegen Ungleichheit, Armut und Exklusion.¹

Eine Vielzahl von Krisen fordert die (europäische) Politik heraus

In fast allen Ländern Europas haben sich die sozialen Unterschiede in den letzten Jahren verschärft – in vielen gravierend. Es sind neue soziale Bruchlinien entstanden – sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern Europas, wobei schematisch von einer Nord-Süd und einer (allerdings älteren) West-Ost-Linie gesprochen werden kann. Zugleich ist freilich zu sehen, dass Irland sowie das erste Land mit einer Bankenkrise, Island, im Norden liegen, und die baltischen Staaten

Nach dem Rausch der Roaring Nineties² und dem Brüchigwerden des bis 2008 tief verankerten Glaubens an wirtschaftlichen Fortschritt durch globale Marktliberalisierung, stehen die westlichen Gesellschaften vor beachtlichen sozialen sowie ethischen Orientierungsfragen. Die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten von Solidarität stellt sich so in neuer Weise auf nationaler wie internationaler und europäischer Ebene, wobei letztere im Folgenden den Fokus bildet.

sowie Polen wirtschaftlich und sozial besonders stabil sind.

Die beiden Hauptgründe für die Verschlechterung der sozialen Lage in den letzten Jahren sind eine gras-

sierende Massenarbeitslosigkeit sowie der Abbau sozialer Leistungen der öffentlichen Hand aufgrund steigender Staatsverschuldung. So betrug nach dem EU-Sozialbericht von 2014 die Arbeitslosenquote im EU-Raum rund 11%. In den am meisten betroffenen Ländern lag sie jedoch wesentlich höher: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung war hier ohne Arbeit, bei Jugendlichen waren es vielfach über 50% – und dies seit mehreren Jahren. Zugleich nimmt der Prozentsatz an schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen stetig zu (*working poor*), wobei ein Wechselverhältnis zwischen hohen Arbeitslosenraten und schlechten Arbeitsbedingungen besteht. Beides zusammen – Arbeitslosigkeit und schlechte Arbeitsverhältnisse – führt dazu, dass gegenwärtig ungefähr 25% der Bevölkerung in der EU in Armut leben.³ Von den vielen Beispielen für

¹ Vgl. <http://www.welt.de/wirtschaft/article121913417/Die-globale-Elite-fuerchtet-den-Aufstand-der-Massen.html> (abgerufen am 13.03.2014).

² Vgl. Stiglitz, Joseph (2003): *The Roaring Nineties: A New History of the World's Most Prosperous Decade*, New York.

³ Vgl. den soeben erschienenen Bericht von Caritas Europe, (ed.): *The Crisis and Its Human Cost. A Call for Fair Alternatives and Solutions. A Study of the Impact of the Crisis and Austerity on People, with a Special Focus on Cyprus, Greece, Ireland, Italy, Portugal, Romania and Spain* (Crisis Monitoring Report 2014) (www.caritas.eu/about-caritas-europa/publications [abgerufen am 30.03.2014]).

zunehmende soziale Verwerfungen seien zwei genannt: In Spanien, mit einer Arbeitslosenquote von 26%, erhalten gegenwärtig 40% der Arbeitslosen aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit keine finanzielle Unterstützung mehr. Sie sind „ausgesteuert“. In Griechenland sind 800 000 Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit nicht mehr gesundheitsversichert.⁴

Die wachsende Kluft im Wohlstandsniveau innerhalb Europas ist dabei verhältnismäßig jungen Datums: Noch im Jahr 2007 waren die Arbeitslosenquoten europaweit in etwa gleich hoch und die Sozialleistungen zwar unterschiedlich, aber doch weitgehend intakt. Dies hat sich seither geändert. Die Abwärtsspirale wird durch eine steigende Staatsverschuldung angetrieben, die mehrere Ursachen hat. Zum einen führen Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen zu sinkenden Konsumausgaben und beide wiederum zu geringeren Steuereinnahmen. Da zudem Großverdiener, wie Konzerne und Banken, der Besteuerung vielfach ausweichen (können),⁵ speisen sich die Einnahmen der öffentlichen Hand zudem weitgehend aus der national erfassbaren Besteuerung der Mittelklasse. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist ein massiver Anstieg der Staatsschulden aufgrund von Bankenrettungen und Stützungen für Finanzinstitutionen.

Schuldendienst sowie sinkende Steuereinnahmen verlangen ihrerseits drastische, sowohl quantitative wie auch qualitative Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und sozialen Trans-



Internationale Hedgefonds feiern weiterhin ihre steigenden Gewinne aus Staatsanleihen in den Krisenländern

ferleistungen (vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich). Aufgrund der höchst unterschiedlichen Sozialsysteme in den einzelnen Ländern, sind die Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich.⁶ All-

gemein gilt jedoch, dass die sozialen Belastungen in Europa in vielen Ländern erschreckend zugenommen haben. Geradezu obszön mutet es in dieser Situation an, wenn internationale Hedgefonds sich über steigende Gewinne aus Staatsanleihen in Krisenländern freuen.⁷

Wie das Beispiel zeigt, sind es wesentlich nicht die BürgerInnen verschuldeter Länder, die von den *bail outs* der Banken profitieren, sondern eine globale Finanzindustrie und hier wiederum vor allem wagemutige Spekulanten. Eine effektive Regulierung der Banken, die die Staaten aus der Geiselschaft befreien würde, ist nach Ansicht der meisten Experten jedoch bisher weder gelungen noch in Sicht.⁸ Aufgrund der prekären Lage der Staatsfinanzen und weiterer drohender Bankeninsolvenzen wird es zudem schwieriger, die Bevölkerung von der Notwendigkeit innereuropäischer und internationaler Solidarität zu überzeugen.

Verarmung, Armutgefährdung und Desillusionierung von beachtlichen Teilen der Bevölkerung in vielen europäischen Staaten hat ihrerseits gravierende Folgen für deren Vertrauen in politische Institutionen und führt zu Verschiebungen im politischen Spektrum. Die engen wirtschaftlichen Ver-

flechtungen (vor allem im Finanzsektor) in Europa wirken so nicht mehr friedensstiftend (was ihr Anspruch seit Kant ist), sondern werden zum Grund für nationale Spannungen und latente Konflikte. Da es die Nationalstaaten sind, die für die Schuldentilgung aufzukommen haben, und die PolitikerInnen, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, werden beide als die eigentlichen Verantwortungsträger ge-



Die durch Spekulationen und Bankenrettungen mitverursachte Staatsschuldenkrise dividiert die Menschen in der EU auseinander und gefährdet den politischen Zusammenhalt Europas

sehen. Die durch Spekulationen und Bankenrettungen wesentlich mitverursachte Staatsschuldenkrise dividiert so die Menschen in der EU politisch auseinander und gefährdet auf diese Weise den politischen Zusammenhalt Europas.⁹ Die politischen Gewinner sind national-populistische Parteien unterschiedlichster Couleurs. Ihre europaskeptische Haltung speist sich unter anderem aus der Enttäuschung über die als unzureichend empfundene inner-

⁴ Vgl. Der Standard vom 31.03.2014, S. 10.

⁵ Eine neue Analyse von Credit Suisse von 386 Großunternehmen aus dem OECD-Raum ergab, dass diese ihre jährlichen Steuerzahlungen durch „aggressive Steuerplanung“ um 106 Milliarden Dollar senken können, vgl. Schratzenstaller, Margit: Steuervermeidung, in: Der Standard vom 23.10.2013. (<http://derstandard.at/1381369776323/Steuervermeidung>) (abgerufen am 27.03.2014). Abkommen zur Schließung von Steuerschlupflöchern waren bisher kaum erfolgreich, da die Staaten mit den niedrigsten Steuersätzen von der Regelung profitieren. Auch dies ist ein Solidaritätsproblem.

⁶ Siehe die Länderportraits im Caritas-Bericht, Fußnote Nr. 3.

⁷ Griechenland war eine gute Wette, in: Der Standard vom 23.10.2012, S. 17. Demnach haben Anleger 10 Mrd. Euro an Kursgewinnen auf griechische Anleihen verdient.

⁸ Zwei Fallbeispiele seien hier genannt: zum einen die von 11 Ländern der Euro-Zone bereits beschlossene, aber durch Banken-Lobbying wesentlich aufgeweichte Finanztransaktionssteuer (die die Staatsschuldenkrise entschärfen könnte) sowie die Pleite der österreichischen Hypo-Alpe-Adria Bank, die 2009 mit großen Schulden verstaatlicht wurde, und die das österreichische Bundesbudget nunmehr mit geschätzten 18 Milliarden Euro belasten wird. Die Verwicklungen mit der Bayerischen Landesbank zeigen im Übrigen politisch weitgehend risikolos *en miniature*, wie sehr politische Beziehungen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden können.

⁹ Der andere Grund für die hohen Schulden war eine demokratische Klientelpolitik, wobei allerdings die Beschuldigungen weg von der Finanzindustrie auf die Politiker zentrieren, so auch Caritas-Bericht, zit. Fußnote 3, 11.

europäische Solidarität (oder ein Zuviel an solidarischer Haftung). Sie verdanken ihre Popularität nicht zuletzt wachsenden anti-europäischen Affekten und steigenden nationalen Ressentiments, die an den Fundamenten des europäischen Hauses nagen. So zeigt der Caritas-Bericht auf der Basis einschlägiger Studien, dass das Vertrauen in das europäische Projekt in allen Ländern stark gesunken ist.¹⁰

Die daraus entstehenden beachtlichen Solidaritätsprobleme werden dadurch weiter verschärft, dass auch die innerstaatliche Solidarität zwischen den Generationen durch Staatsschulden wie auch durch eine überproportionale Belastung der Umwelt weiter belastet wird.¹¹

Angesichts der vielfältigen Krisen und der hier nur angedeuteten Entsolidarisierungsprozesse steht die europäische Politik gegenwärtig vor Herkulesaufgaben. Sie sollte einerseits bestehende Strukturdefizite der Europäischen Union überwinden (so im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik; aber auch bei der demokratischen Erdung der Union). Andererseits muss sie versuchen, die politische Integration so weiter zu treiben, dass Lösungen für die genannten Probleme und langfristige Zukunftsperspektiven für alle europäischen Länder eröffnet werden. Gelingt dies nicht, besteht die Gefahr, dass die europäische Integration eine Art Schönwetterprojekt bleibt, das solange funktioniert wie die nationale Politik glaubwürdig versichern kann, dass „Europa“ mehr Wohlstand für das je eigene Land bringt. Die Frage, was geschehen sollte, wenn dies einmal nicht der Fall ist, blieb – so zeigt sich jetzt – über Jahrzehnte hinweg unbeantwortet. Doch die Hoffnung auf einen permanenten und krisenfrei wachsenden Wohlstand ist notwendig utopisch. Der einzige, wiewohl schwierige Weg ist daher, die Staatsschuldenkrise gemeinsam zu entschärfen, um ein Zerbröckeln der Union aus wirtschaftlichen Gründen, vor dem der Econo-

mist schon vor einigen Jahren warnte,¹² zu verhindern.

Wie jedoch lässt sich jene Solidarität, die der Vertrag von Lissabon als einen der zentralen Werte der Europäischen Union nennt,¹³ in dieser kritischen Situation neu und zukunftsfähig denken? Welches sind die Akteure, die zur Entschärfung der Krisen beitragen könnten? Politisch wie wirtschaftlich auf Re-Nationalisierung zu setzen, wäre in dieser Situation schlechthin unrealistisch. Jenes Bonmot, das nach dem Fall des Kommunismus die Runde machte, dass man wohl weiß, wie man aus Fischen eine Fischsuppe macht, nicht aber umgekehrt, trifft auch hier den Kern. Zudem darf man nicht vergessen, dass die positive Wirkung, die die europäische Integration bei der Entschärfung von Nationalitätenkonflikten bisher entfaltet hat, in den Peripherien Europas weiterhin große Hoffnungen weckt. In Ländern wie Albanien, Serbien, Moldawien und nicht zuletzt der Ukraine bildet (wie ich selbst sehen konnte) ein



Gerade an den Rändern Europas könnte die Auflösung bestehender Strukturen unabsehbare Folgen haben

nistismus die Runde machte, dass man wohl weiß, wie man aus Fischen eine Fischsuppe macht, nicht aber umgekehrt, trifft auch hier den Kern. Zudem darf man nicht vergessen, dass die positive Wirkung, die die europäische Integration bei der Entschärfung von Nationalitätenkonflikten bisher entfaltet hat, in den Peripherien Europas weiterhin große Hoffnungen weckt. In Ländern wie Albanien, Serbien, Moldawien und nicht zuletzt der Ukraine bildet (wie ich selbst sehen konnte) ein

EU-Beitritt oder ein EU-Assoziierungsabkommen die einzige, politische und damit stabilisierende Zukunftsperspektive. Dies aber bedeutet für die EU-Länder eine besondere historische Verantwortung. Gerade angesichts der Lage an den Rändern Europas zeigt sich auch, dass die Folgen einer Auflösung bestehender Strukturen für Frieden und Wohlstand in Europa nicht absehbar sind und diese daher auch nicht politisch verantwortet werden können.

Die Stabilisierung und politische Weiterentwicklung der Europäischen Union verlangen jedoch ein hohes Maß an Solidaritätsbereitschaft innerhalb der Union und ihre Verankerung in den Bevölkerungen der Mitgliedsländer. Ein einseitiges Setzen auf „Zwangssolidarität“ (ein Widerspruch in sich) erweist sich dabei ebenso als unzureichend wie eine Orientierung der Integration an (kurzfristigen) nationalen Eigeninteressen. Was von Nöten ist, ist vielmehr eine längerfristige Perspektive, die sich auf das auch historisch begründete Wissen stützt, dass jeder Verbund von Menschen auf eine Solidarität angewiesen ist, die sowohl im Geben wie im Nehmen besteht. Die Vorteile, die der einzelne oder eine Gruppe aus dieser Solidarität ziehen, sind dabei definitionsgemäß nicht immer gleich verteilt.

¹⁰ Caritas-Bericht, zit. Fußnote 3, 16.

¹¹ Vgl. Gabriel, Ingeborg (2013): Ökologie als Gerechtigkeitsfrage der Gegenwart, in: Gabriel, Ingeborg/Steinmair-Pösel, Petra (Hrsg.): Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie – Wirtschaft – Ethik, Ostfildern 9–31.

¹² Vgl. The Bill That Could Break up Europe, in: The Economist vom 26.02.2009. (<http://www.economist.com/node/13184655> [abgerufen am 27.03.2014]).

¹³ Im Vertrag von Maastricht (Art. 2) steht: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es (...) die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern“ (vgl. <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> [abgerufen am 13.03.2014]) und in der in der Präambel des Vertrags von Lissabon (Art. 1a): „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnen“ (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:FULL:DE:PDF>) [abgerufen am 13.03.2014].



Solidarität als sozialetisches Handlungs- und Politikprinzip

Was aber meint Solidarität eigentlich? Verschleiert der dem Begriff inhärente Appellcharakter nicht gerade die Diffusität seines Inhalts? Ist Solidarität überhaupt ein sinnvoller Terminus und wie verhält er sich zum Begriff der (sozialen) Gerechtigkeit, der gleichfalls nicht unumstritten ist?¹⁴ Zuerst eine historische Anmerkung, die doch zugleich Licht auf die Gegenwart wirft: Der Diskurs darüber, wie sich die modernen Grundwerte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zueinander verhalten und wie sie politisch miteinander vermittelbar sind, begleitet moderne Gesellschaften seit ihren Anfängen. Der Ruf nach Brüderlichkeit – der Begriff wurde später durch jenen der Solidarität ersetzt – erschallte dabei umso lauter, je mehr sich die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung zum Schlechteren wandte. Soziale Krisen begleiten so von jeher die moderne marktliberale Wirtschaftsdynamik. Denn diese führt zwar zu einem Mehr an Produktivität, nicht jedoch zu einer sozial gerechten und als gerecht empfundenen Verteilung der erwirtschafteten Gewinne. Die daraus entstehenden sozialen Ungleichheiten führen notwendig zu gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte, die durch je neu politisch auszuhandelnde Sozialverträge überwunden werden müssen. Erfolgt dies nicht, tragen nicht nur die Grundlagen der Wirtschaft, sondern auch der soziale Zusammenhalt und der gesellschaftliche Frieden Schaden davon. Das bekannte Böckenförde-Paradoxon, für die Politik formuliert, trifft daher in gleicher Weise auf die Wirtschaft zu: Auch die liberale Wirtschaft ruht auf Fundamenten auf, die sie selbst nicht schaffen kann.

Der für moderne Gesellschaften notwendige Ausgleich zwischen Freiheit und (sozialer) Gleichheit auf der Basis gesamtgesellschaftlicher Solidarität wurde im Nachkriegseuropa durch die (öko)soziale Marktwirtschaft, die marktliberale mit sozialstaatlichen und

ökologischen Zielvorstellungen ver-schränkte, normativ festgeschrieben und über weite Strecken auch realisiert. Der Aufstieg der reinen (neo-liberalen) Marktwirtschaft seit den 1980er Jahren, zuerst im angelsächsischen Raum (Reaganismus/Thatcherismus), führte zum Abbau sozialstaatlicher Elemente. Dies hatte mehrere Ursachen:

- sozialstaatliche Verkrustungen,
- die Diskreditierung von Sozialstaatlichkeit nach dem Fall der kommunistischen Regime; und – wohl am Wichtigsten –
- die Globalisierung (und auch Europäisierung) der Wirtschaft, die die für die öko-soziale Marktwirtschaft zentralen nationalen Aushandlungsmechanismen aushebelte oder wenigstens empfindlich schwächte.

Angesichts dessen traten auch einseitige, dem sozialen Zusammenhalt unzutragliche, anthropologische Prämissen des ökonomischen Liberalismus schärfer zu Tage. Drei davon seien kurz genannt.

Solidarität und Gemeinwohl

Zum ersten der (Irr)Glaube, dass eine Gemeinwohlordnung automatisch aus der Summe der individuellen Nutzenkalküle entstehe. Die soziale Dimension menschlicher Existenz wird dabei bedenkllicherweise ausgeblendet. Menschen werden jedoch in soziale und

kulturelle Zusammenhänge hinein geboren, die ihr Leben *volens volens* mitbestimmen und bleiben in allen Lebensphasen auf diese verwiesen. Ihnen vorgegebene Rechts- und Wohlfahrtsordnungen sind für ihr Leben und ihre individuellen Leistungen von entscheidender Bedeutung. Es ist die vorrangige Aufgabe politischer Akteure, diese das Gemeinwohl fundierenden Ordnungen zu erhalten und in demokratischen Verfahren weiterzuentwickeln.¹⁵ Von daher lässt sich Solidarität individualethisch definieren als die Verpflichtung aller Bürger und Bürge-



Durch europäische und globale Verflechtungen wird das nationale Gemeinwohl auch von sozialen Schiefagen auf transnationaler Ebene tangiert

rinnen, sich an diesem dynamischen Prozess des Erhalts und der Förderung des Gemeinwohls entsprechend ihren Möglichkeiten zu beteiligen und Solidarität als wesentliches Kriterium in ihre Entscheidungsprozesse (z.B. bei der Wahl von Parteien) einzubeziehen.¹⁶ Zugleich stellt das Solidaritätsprinzip im Sinne der katholischen Sozialethik jedoch ein Sozialstrukturprinzip dar, das im geltenden Recht und in institutionellen Normen realisiert werden soll. Der Solidaritätsbegriff hält darüber hinaus das Wissen darum bereit, dass aufgrund sozialer Verbun-

¹⁴ Aus der umfangreichen Literatur zum Thema seien genannt Brunkhorst, Hauke (2002): *Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*, Frankfurt a.M.; Krüggeler, Michael/Klein, Stefan/Gabriel, Karl (Hgg.) (2005): *Solidarität – ein christlicher Grundbegriff? Soziologische und theologische Perspektiven*, Zürich; Bedford-Strohm, Heinrich (2007): *Solidarität und Option für die Armen*, in: Gabriel, Ingeborg/Gassner, Franz (Hrsg.): *Solidarität und Gerechtigkeit. Ökumenische Perspektiven*, Ostfildern 36–64; Gabriel, Ingeborg/Renöckl, Helmut (Hrsg.) (2012): *Solidarität in der Krise. Auf der Suche nach neuen Wegen*, Wien.

¹⁵ Vgl. ausführlich Gabriel, Ingeborg (2011): *Gerechtigkeit von Globalisierung, die katholische Kirche und die Religionen*, in: Gabriel, Ingeborg/Schwarz, Ludwig (Hrsg.): *Weltordnungspolitik in der Krise. Perspektiven internationaler Gerechtigkeit*, Paderborn u.a. 9–31.

¹⁶ So Emunds, Bernhard (2008): *Solidarität – kein überflüssiger Begriff*, in: Große Kracht, Hermann-Josef/Spieß, Christian (Hrsg.): *Christentum und Solidarität. Bestandsaufnahmen zu Sozialethik und Religionssoziologie*, Paderborn u.a. 465–484.



denheit die Förderung der Lebensinteressen der Anderen eng mit jener der eigenen Interessen verbunden ist. Das in der katholischen Sozialethik zur Veranschaulichung des Solidaritätsprinzips gerne verwendete Bild, dass wir alle in einem Boot sitzen, trifft durchaus den Kern der Sache. An dieser Stelle ist die häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen einer symmetrischen Con-Solidarität und einer asymmetrischen Pro-Solidarität einzu- blenden.

- Erstere zielt auf den Zusammenhalt einer Gruppe von Menschen, die durch gemeinsame Interessen, sowie durch Notlagen und möglicherweise auch gemeinsame Gegner miteinander verbunden sind. Das klassische Beispiel ist die Arbeiter-solidarität.
- Demgegenüber hat der asymmetrische Solidaritätsbegriff jene Menschen im Blick, denen unabhängig von den eigenen Interessen geholfen werden soll. Dies trifft u. A. auf die sogenannten Solidaritätsgruppen für Projekte in der Dritten Welt zu.

Angesichts zunehmender globaler und europäischer Verflechtungen und damit Interdependenzen stellt sich jedoch die Frage, wieweit diese Unterscheidung noch trägt. Ist es nicht so, dass die sozialen Problemlagen die wir heutzutage auf transnationaler Ebene antreffen, auch das eigene Wohl, respektive das nationale Gemeinwohl tangieren? Ist dies aber der Fall, dann erweist es sich als problematisch, wenn im medialen Diskurs globale, aber auch innereuropäische Interdependenzen ausgeblendet werden.

Soziale Rechte und das Recht auf Eigentum

Zum Zweiten: Das Gemeinwohl fordert, dass das Freiheitsrecht auf Eigentum nicht als unbeschränktes Recht verstanden wird. Es gibt vielmehr mit diesem Recht einhergehende soziale Verpflichtungen, die sich nicht zuletzt

daraus ergeben, dass die sozialen Gemeinwohlordnungen den Erwerb von Eigentum und Vermögen zuallererst ermöglichen und die Eigentümer daher verpflichtet sind, zu ihrem Erhalt beizutragen. Die christliche Sozialethik betont darüber hinaus eine vorrangige allgemeine „Bestimmung der Erdengüter“ (so *Gaudium et spes* 69), die als Mittel und Grundlage für ein menschenwürdiges Leben allen zur Verfügung stehen sollen. Private Eigentumsrechte sind ordnungspolitisch sinnvoll, doch dürfen die mit Eigentum grundsätzlich verbundenen Pflichten nicht aus dem Blick geraten. Dies umso mehr als dies auch die Grundlage darstellt, auf der die sozialen Menschenrechte realisiert werden können, deren Gleichrangigkeit und Interdependenz mit den Freiheits- und Partizipationsrechten

Freiheitsrecht und soziale Rechte sind gleichrangig und miteinander verflochten

zuletzt auf der Menschenrechtskonferenz von 1993 mehrfach betont wurde. Dies ist auch von beachtlicher praktischer Relevanz. Denn nicht nur die Verletzung von Freiheitsrechten beeinträchtigt die menschliche Würde gravierend. Gleiches gilt für die Missachtung der sozialen Rechte, wie des Rechts auf Arbeit, auf angemessene Gesundheitsversorgung, auf Bildung etc. In diesem Sinne sieht die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) die „Freiheit von Furcht und Not“ als grundlegende Ziele an. Eine ausschließliche Betonung der Freiheitsrechte (vor allem des Rechts auf Eigentum) unter Vernachlässigung, ja Diskreditierung der sozialen Rechte,

stellte eine der Schwächen im globalen politischen Diskurs der letzten Jahrzehnte dar. Die christliche Sozialethik hat demgegenüber immer darauf bestanden, dass die sozialen Rechte von gleicher Relevanz wie die Freiheitsrechte sind. Die Debatten über das Verhältnis von Eigentumsrechten und sozialer Gleichheit, die in der Ökonomie gegenwärtig verstärkt geführt werden, sowie die eingangs zitierte Umfrage weisen in eine ähnliche Richtung.¹⁷

Solidarität und Wettbewerb

Zum Dritten: Der Wettbewerb als Triebkraft moderner Wirtschaft erweist sich solange als wohlfördernd wie er auf starken sozialen Fundamenten und einer funktionierenden Sozialstruktur aufruht. Fehlen diese oder erodieren sie, dann wirkt Konkurrenz notwendig entsolidarisierend und entartet leicht zu einem Freistilgerangel, das die sozialen Gefüge nachhaltig schädigt und vor allem die sozial Schwachen trifft. Wird dies dann noch durch sozialevolutionistische Theorien eines *survival of the fittest* ideologisch (implizit oder explizit) legitimiert, kann es leicht zu inhumanen Einstellungen mit all den sich daraus ergebenden sozialen Konsequenzen kommen.

Menschliche Solidarität ist nicht naturwüchsig. Sie bedarf der theoretischen Begründung und der andauernden praktischen Pflege. Dies gilt besonders in einer Situation, in der die Verbreitung gegenteiliger ideologischer Überzeugungen über Jahre hinweg breitenwirksam zu sozialen Plausibilitäten geführt hat, die sich negativ auf den Zusammenhalt der Gesellschaft auswirken und einer christlichen Sozialethik notwendig widersprechen. Geradezu paradox ist dabei, dass ge-

¹⁷Vgl. u. a. Stiglitz, Joseph E. (2012): *The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future*, New York; Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2012): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin; und gegenwärtig viel diskutiert Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21st. Century*, Harvard. Auch der Economist plädiert inzwischen für mehr Gleichheit unter dem Titel „New Progressivism. The New Politics of Capitalism and Inequality“ (13th-19th October 2012). Alle diese Publikationen zeigen die negativen Effekte sozialer Ungleichheiten für Gesellschaften und die Wirtschaft auf.

rade in Zeiten wachsender Interdependenzen auf allen Ebenen, ein individualistisches, soziale Realitäten ausblendendes Denken Platz greifen konnte.

Die christliche Verpflichtung auf das Gemeinwohl jedes und aller Menschen zielt auf eine universale Solidarität, die alle als Ebenbild Gottes, gleich geschaffen an Würde und Rechten, in das Denken und Handeln einbezieht. Dieser Glaube muss vor allem jene im Blick haben, die besonders verletzbar und ausgegrenzt sind. Die „vorrangige Option für die Armen“ erweist sich dabei als notwendiges Korrelat eines grundsätzlichen Wissens um die Würde aller Menschen. Die dafür notwendige individuelle Haltung der Solidarität soll sich dabei am Ziel einer „anständigen Gesellschaft“¹⁸ orientieren, die die physischen und psychischen Verletzungen von Menschen auf das nicht vermeidbare Minimum beschränkt. Gerade dies scheint jedoch heute, wenn man sich die Faktenlage ansieht, nicht mehr der Fall zu sein. Es bedarf daher



Eine erneute Verständigung über das europäische Gemeinwohl darf nicht aus nationalstaatlicher Sicht angegangen werden

einer neuen Verständigung über ein europäisches Gemeinwohl, einen neuen europäischen Sozialpakt. Dieser sollte von der Frage ausgehen, wie viel an Armut und damit verbunden Ausgrenzung in Europa heute unvermeidbar sind und welche Möglichkeiten bestehen, die soziale Not zu lindern. Denn, um die Bootsmetapher nochmals aufzugreifen: Liegt nicht das eigentlich Beschämende darin, dass das Boot an sich materiell bestens ausgestattet und noch immer von beachtlicher Robustheit ist. Dies bedeutet aber, dass gemeinwohltaugliche Lösungen von einem hohen Niveau her durchaus möglich wären, wenn der gesellschaftliche und politische Wille, sowie jener der Wirtschaftseliten, dazu vorhanden wä-

re. Gefordert ist freilich eine europäische und – mehr noch – eine globale Herangehensweise. Eine rein nationalstaatliche Solidaritätspolitik ist nur mehr begrenzt möglich und entzöge darüber hinaus dem europäischen Projekt die Fundamente. Dies aber widerspricht nicht nur den humanen, vor-

Wider die europäische Gleichgültigkeit: Der Aufruf der Kirchen zu Solidaritäts- und Verantwortungsbewusstsein

Den Kirchen als größten zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt in dieser angespannten sozialen Situation ein hohes Maß an Verantwortung zu.¹⁹ Ihre Aufgabe ist – wie oben deutlich wurde – eine dreifache:

- Sie sollen die Armutprobleme *sozialkritisch* beim Namen nennen.
- Sie sollen die anthropologischen Prämissen der vorherrschenden Weltanschauungssysteme *ideologiekritisch* unter die Lupe nehmen.
- Und – *last but not least* – sollen sie sich an der Weiterentwicklung institutioneller Strukturen beteiligen und dabei die *Anwaltschaft* für die sozial Schwachen und Marginalisierten übernehmen.

Dies gilt sowohl national, wie auch europäisch und international. Für die europäische Ebene stellt der oben zitierte Caritas-Bericht ein exzellentes Beispiel dar. Im Allgemeinen kann man sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass in der größten sozialen Krise des Kontinents seit 1945 die kirchlichen Stimmen zu wenig deutlich und klar hörbar sind. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass es angesichts der Vielzahl der Krisen schwierig ist, echte Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Eben dies versucht die Erklärung der

allem auch christlichen Grundlagen Europas, sondern wäre angesichts bestehender Interdependenzen sowie der Existenz anderer politischer und wirtschaftlicher Großakteure weltweit auch den nationalen Interessen entgegen gerichtet.

COMECE Bischöfe „Eine europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ (2012), die die europaweite Verwirklichung einer öko-sozialen Marktwirtschaft als Verbindung von „Freiheit im Markt mit der Leitidee der Gerechtigkeit und dem Gebot der Nächstenliebe“ als Leitbild einmahnt.²⁰ Soll es sich jedoch nicht nur um eine nostalgische Beschwörung handeln, braucht es weitere intensive Überlegungen, wie die vier hier genannten Pfeiler:

- Freies fürsorgendes Handeln,
 - Wettbewerbsfähigkeit,
 - Sozialstaatlichkeit und
 - ökologische Nachhaltigkeit
- unter den gegenwärtigen Bedingungen miteinander in Einklang gebracht werden können. Dies erweist sich auch insofern als schwierig, weil man sich hier auf stark vermintem ideologischem Gelände bewegt. Das soeben erschienene ökumenische Dokument „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ (28.2.2014) als Fortschreibung des gemeinsamen Sozialwortes der EKD und der DBK (1997) argumentiert in zehn Thesen in die gleiche Richtung:
- Wirtschaft soll allgemein im Dienst der Menschen stehen,

¹⁸Margalit, Avishai (1999): Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung, Frankfurt a. M.

¹⁹Vgl. Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt, München.

²⁰Das Dokument mit dem Untertitel „Erklärung der Bischöfe der COMECE zum EU-Vertragsziel der wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ findet sich unter: www.comece.org/site/de/publikationen/pubcomece (abgerufen am 20.03.2014).

- sie muss unter neuen Bedingungen zur sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt und
- dazu ordnungspolitischen und ethischen Regeln unterworfen sein
- bei gleichzeitiger Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die ökologische Nachhaltigkeit fordert zudem dazu heraus,

- neue Lebens- und Wirtschaftsstile zu entwickeln und
- eine gerechte Verteilung der auch mit dem demographischen Wandel einhergehenden sozialen Belastungen zu initiieren.

Gefordert werden des Weiteren

- Partizipation und mehr Chancengerechtigkeit sowie
- eine breite Beteiligung an der Erwerbsarbeit,
- die Förderung von Bildung zur persönlichen Entwicklung und – Titel und Inhalt des Papiers der COMECE aufgreifend –
- die Gestaltung einer europäischen Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft.²¹

All dies sind bekannte Forderungen, die immer wieder einzuschärfen jedoch höchst notwendig und sinnvoll ist. Hilfreich wäre es allerdings auch, die widerstrebenden Kräfte, Ideologien und bestehenden Konflikte beim Namen zu nennen, sowie daran zu erinnern, dass sich aus dem Wohlstandsniveau auch Verpflichtungen ergeben. Eine weitere Schwäche öffentlicher wie auch kirchlicher Diskurse liegt darin, dass die Radikalität der Umbrüche, die sich aus Globalisierung und technischem Wandel ergeben, sowie ihre höchst ambivalenten Auswirkungen auf die Wirtschaften der Industrieländer bisher zu wenig thematisiert wurden. Gleiches gilt für das Agieren der Finanzindustrie, das aus systemischen Gründen den Krisen jenen neuen Zündstoff gibt, angesichts dessen die Solidarität als Grundlage einer öko-sozia-

len Marktwirtschaft in Europa einen schweren Stand hat.

So schreibt Papst Franziskus im Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* „Das Wort ‚Solidarität‘ hat sich ein wenig abgenutzt und wird manchmal falsch interpretiert, doch es bezeichnet viel mehr als gelegentliche großzügige Taten. Es erfordert, *eine neue Mentalität zu schaffen, die in den Begriffen der Gemeinschaft und des Vorrangs des Lebens aller gegenüber der Aneignung der Güter durch einige wenige denkt* (Hervorhebung IG).“²²

Diese neue Sichtweise zu entwickeln und damit auch Hoffnung in den Krisen der Gegenwart zu geben, erscheint heute als vorrangige Aufgabe der Kirchen. Das vereinte Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion. Es ist, wie einer ihrer Architekten Jean Monnet es formulierte, eine politische, ja eine moralische Vision.²³ Diese Zukunftsvision



Ohne soziale Gerechtigkeit ist ein friedliches und prosperierendes Europa nicht zu haben

muss heute vor allem auch ausbuchstabieren und vermitteln, was in dieser Situation sozialen Gerechtigkeit bedeutet. Anders ist ein prosperierendes und friedliches Europa nicht zu haben. Es könnte daher an der Zeit sein, den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der 1989 so vielversprechend begonnen hatte, mit dieser Ausrichtung intensiv weiterzuführen. Dabei ginge es vor allem darum, die Frage der Solidarität in Europa neu zu denken sowie jene Resignation und Gleichgültigkeit zu überwinden, die wenig christ-

²¹ www.ekd.de/download/gemeinsame_verantwortung_gt_22.pdf (abgerufen am 20.3.2014).

²² Papst Franziskus (2013): Apostolisches Schreiben „Evangelii Gaudium“, Vatikan Nr. 188 (www.vatican.va/holy_father/francesco/apost_exhortations/documents/papa-francesco-esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium_ge.html) [abgerufen am 27.03.2014].

²³ Vgl. Monnet, Jean (1988): Erinnerungen eines Europäers, Baden-Baden 497.

²⁴ Tischner, Josef (1981), Ethik der Solidarität, Graz 11.

KURZBIOGRAPHIE

Ingeborg Gabriel, Prof. Mag. rer. soc. oec. Dr. theol.; seit 1997 Ordinaria für Christliche Gesellschaftslehre und Institutsvorstand am Institut für Sozialethik der Kathologisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Ehrenamtliche Funktionen: Direktorin der Kommission *Iustitia et pax* der Österreichischen Bischofskonferenz; Vizepräsidentin der Vereinigung der europäischen *Iustitia et pax* Kommissionen; Vorsitzende der Vereinigung für Sozialethik in Mitteleuropa; . Aktuelle Veröffentlichungen: Ökologie als Gerechtigkeitsfrage der Gegenwart, in: I. Gabriel/P. Steinmair-Pösel (Hg.): Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie – Wirtschaft – Ethik, 2014, 9–31; Perspektiven katholischer Sozialethik für eine soziale Gestaltung Europas, in: H. Schoenauer (Hg.): Sozialethische Dimensionen in Europa. Von einer Wirtschaftsunion zu einer Wertegemeinschaft, Stuttgart 2014, 33–52; Zur Zukunft der Demokratie unter Globalisierungsbedingungen, in: M. Heimbach-Steins (Hg.): Demokratie, Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, Bd. 54, 2013, 83–104.

lich und zudem gefährlich ist. Ich möchte daher mit den emphatischen Worten von Josef Tischner, dem Vordenker der *Solidarność*, schließen: „Die Solidarität spricht, ruft, schreit und nimmt Opfer auf sich.“²⁴ All dies und die damit verbundenen institutionellen Wandlungen sind auch heute an der Zeit.